

II- 389 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

1010 Wien, den 23. Juli 1970  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. 20.071/1-6-1/70

105 /A.B.  
zu 162 /J.  
Präs. am 28. Juli 1970

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier,  
Kern und Genossen an den Bundesminister  
für soziale Verwaltung betreffend Reserven-  
bildung für die Pensionsversicherung (Nr. 162/J).

In der vorliegenden Anfrage wird an den  
Bundesminister für soziale Verwaltung folgende  
Anfrage gerichtet:

"Beabsichtigen Sie eine Änderung der Gesetzes-  
lage für die Reservebildung für die Pensionsver-  
sicherung?"

In Beantwortung dieser Anfrage beehre ich mich,  
folgendes mitzuteilen:

Auf Grund der §§ 80 ASVG. und 27 GSPVG., in der  
Fassung des Pensionsanpassungsgesetzes, haben die in  
Betracht kommenden Versicherungsträger aus den Bei-  
trägen des Bundes eine gebundene Rücklage anzulegen.  
Diese Reservenbildung wurde bekanntlich durch das  
Bundesgesetz vom 27.6.1968, mit dem finanzielle Maß-  
nahmen in der Unfall- Pensionsversicherung getroffen wurden,  
für die Jahre 1969 und 1970 sistiert. Sollte mit der  
Anfrage gemeint sein, ob ich für eine Verlängerung  
dieses Gesetzes eintreten werde, so ist meine Antwort  
darauf, daß ich eine derartige Absicht nicht habe.  
Im Gegenteil, die Mitte Juli 1970 zur Begutachtung  
versendeten Entwürfe einer 25. Novelle zum ASVG. und  
einer 19. Novelle zum GSPVG. nehmen die Wiederauf-  
nahme der Reservenbildung in Aussicht.

- 2 -

Die beengte Budgetlage des Bundes und der hohe Finanzbedarf für die 1971 in Aussicht genommenen Leistungsverbesserungen in der Pensionsversicherung werden es für den Bereich des ASVG. allerdings nicht erlauben die volle Wirkung des § 80 ASVG. wiederherzustellen. Im Entwurf einer 25. Novelle zum ASVG. wird für 1971 eine dem GSPVG. (und B-PVG.) nachgebildete Regelung des Bundesbeitrages zur Diskussion gestellt, die eine Ausfallhaftung des Bundes mit garantiertem Mehrertrag von 1,5 % des Aufwandes vorsieht. Diese Ausfallhaftung soll für 1972 und die folgenden Jahre durch ein Finanzkonzept nach dem Vorbild des Pensionsanpassungsgesetzes abgelöst werden, das ebenfalls die Fortführung der Reservenbildung beinhalten wird.

H ä u s e r